

Antrag

Vorl.-Nr. 3987/2020

**Gemeinde Morsbach
Der Bürgermeister
Fachbereich II/50**

Datum: 28.05.2020

**Anschluss an die Aktion „Sichere Häfen“,
hier: Antrag der GRÜNEN-Fraktion vom 16.03.2020**

<i>Gremium</i>	<i>Sitzung am</i>	<i>Status</i>	<i>Beschlussqualität</i>
Haupt- und Finanzausschuss	02.06.2020	öffentlich	Vorberatung
Rat	10.06.2020	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt, die Initiative „Sichere Häfen“ zu unterstützen und dem Bündnis beizutreten.

Der Rat beschließt, die grundsätzliche Bereitschaft der Gemeinde Morsbach im Rahmen gerechter Verteilungsregelungen zu erklären, an denen alle Städte und Gemeinden beteiligt sind, in Not geratene Flüchtlinge aufzunehmen.

Begründung:

Mit nachfolgend eingearbeitetem Schreiben vom 16.03.2020 hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Beitritt der Gemeinde Morsbach zur Initiative „Sichere Häfen“ beantragt.

Die Initiative „Sichere Häfen“ besteht bereits seit Herbst 2018 und viele Kommunen haben sich seit dem zu Sicheren Häfen erklärt und unterstützen die Aktion mit unterschiedlich weit gehenden Erklärungen.

13 der Sicheren Häfen sind dann einen Schritt weitergegangen und haben das Bündnis Städte Sicherer Häfen gegründet. Diese Städte haben dann die im Antrag beschriebene Potsdamer Erklärung unterzeichnet.

Die Potsdamer Erklärung ist nachfolgend beigelegt.

Diesem Bündnis gehören 49 Städte an. Insgesamt wird die Aktion von über 100 Kommunen unterstützt.

Die Gemeinde Morsbach ist nicht in der Lage, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, wie im Antrag gefordert, aufzunehmen und zu betreuen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge können nicht durch die Kommune selbst betreut werden. Diese werden nicht den Kommunen zugewiesen, sondern dem örtlichen Träger der Jugendhilfe. Die aktuelle Unterbringungssituation der Flüchtlinge in Morsbach ist aufgrund des

Brandes im Asylbewerberheim angespannt. Aber auch nach Wiederherstellung des Gebäudes ist die Unterbringung von alleinstehenden Frauen in der geforderten Größenordnung von 25 Personen so nicht leistbar, weil es aktuell keine Möglichkeit gibt, diese im Gemeindegebiet unterzubringen und auch im Asylbewerberheim in Rhein nicht so möglich ist, dass diese auch entsprechend geschützt und getrennt untergebracht sind.

Wenn sich die Unterbringungssituation durch die Wiederherstellung des Gebäudes wieder entspannt hat, ist sicherlich auch die Gemeinde Morsbach in der Lage, zusätzliche Flüchtlinge im Rahmen gerechter Verteilungsregeln aufzunehmen, wenn auch nicht in der Größenordnung wie im Antrag beschrieben.

Es wird vorgeschlagen, die Aktion Sichere Häfen grundsätzlich zu unterstützen, aber die weiteren Erklärungen hinsichtlich einer Aufnahmebereitschaft speziell für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge oder alleinstehende Frauen nicht abzugeben.

Im Auftrag

FB	I	II	III
Kenntnis genommen			

S. Hammer

Bürgermeister